

men hin. Neben dem Vertriebsnetz zählten ebenfalls loyale Mitarbeiter und der richtige Standort zu den Erfolgsfaktoren. Staatliche Standortanreize, wie sie die Sonderwirtschaftszonen bieten, waren dabei nicht ausschlaggebend. (HB, 23.1.98)

Daß das China-Geschäft im Vertriebsbereich schwieriger als erwartet ist, diese Erfahrung machen immer mehr deutsche Unternehmen. So wies beispielsweise die Osram GmbH München Anfang Dezember in einem Bericht darauf hin, daß vor allem der Mangel an qualifiziertem Vertriebspersonal den Aufbau der Vertriebsstruktur behinderte. (NfA, 5.12.97) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

### 26 Asiatische Finanzkrise beschleunigt Bankenreform

Zentralbankpräsident Dai Xianglong sieht vor dem Hintergrund der asiatischen Finanzkrise die Verbesserung der Bankenaufsicht und eine schärfere Kontrolle der Kreditvergabe chinesischer Staatsunternehmen in US-Dollar über Hongkong als die wichtigsten Aufgaben an. Kredite in Auslandswährung dürften die Unternehmen nur noch mit Zustimmung der Zentralbank aufnehmen. Die Auslandsbanken warnte Dai davor, die Kredite an Joint Venture-Unternehmen, die inzwischen ein Volumen von rd. 20 Mrd. US\$ der rd. 120 Mrd. US\$ Auslandsschulden Chinas haben, als Kredite mit einem „Sovereign Risk“ einzustufen.

Dai Xianglong zufolge sind 20 bis 25% der Kredite der staatlichen Banken problematisch, allerdings nur 5 bis 6% davon müßten als uneinbringlich abgeschrieben werden. Das Volumen der abzuschreibenden Kredite werde in diesem Jahr 50 Mrd. Yuan sowie in den nächsten und übernächsten Jahren 60 bis 70 Mrd. Yuan (13 bis 15 Mrd. DM) betragen. (HB, 19.1.98)

Über die Höhe der faulen Kredite bestehen verschiedene Angaben, die aufgrund der unterschiedlichen Definiti-

on über den Begriff „uneinbringlich“ stark variieren. So weist die *South China Morning Post* darauf hin, daß eine angeblich offizielle Angabe über die Höhe dieser faulen Kredite vergleichbar mit einem Anteil von 21% des Bruttoinlandsprodukts sei. Dies wäre die höchste Quote uneinbringlicher Kredite innerhalb der asiatischen Länder. Einige Analysten gehen sogar von einer Quote fauler Kredite von 40% aus.

In ihrem Länderrating schätzten Standard & Poor im Januar 1998 die Höhe der uneinbringlichen Kredite auf rd. 200 Mrd. US\$ und damit auf 25% aller ausstehenden Kredite. Die US-amerikanische Investmentbank Merrill Lynch geht sogar davon aus, daß das chinesische Bankensystem technisch gesehen insolvent ist, da nur 20% der uneinbringlichen Kredite durch Vermögenswerte in Höhe von 317 Mrd. Yuan im Juni 1997 gedeckt waren. Der weitere relativ hohe Anstieg von Spareinlagen und das Vertrauen der Anleger in die Sicherheit staatlichen Eigentums der Banken habe bisher eine Panik bei den Anlegern verhindert. (SCMP, 1.1.98)

Um die Kontrolle über die Geschäftspraktiken der Banken zu stärken, hat die Zentralbank neue Richtlinien ausgegeben. Ziel ist hierbei vor allem die schrittweise Durchsetzung der Standards der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich für das Kreditmanagement. (FT, 17./18.1.98)

Die Banken sind auch dazu aufgefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate Revisionsabteilungen aufzubauen, die Kapitalbewegungen, die Wertpapiergeschäfte und die Liquiditätskennzahlen überprüfen sollen. Die großen Staatsbanken sowie die staatliche Versicherungsgesellschaft, People's Insurance Company of China (Group), wurden angewiesen, ihre Zweigstellen mindestens einmal im Jahr einer Überprüfung zu unterziehen. Die übrigen Banken und Finanzintermediäre sollen mindestens alle zwei Jahre Prüfungen durchführen. Die Zentralen der Banken müssen der *Financial Daily* zufolge mit rechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn in den Zweigstellen große Risiken und Verstöße gegen Bestimmungen festge-

stellt würden, die höhere Verluste verursachen. (SCMP, 7.1.98)

Aus der Finanzkrise ihrer Nachbarländer hat die Zentralbank offensichtlich weitere Lehren gezogen. So soll nunmehr auch die Vergabe von Immobilienkrediten der Banken stärker überwacht werden. So soll angeblich bereits eine Expertengruppe der Zentralbank nach Shanghai gesandt worden sein, um das Ausmaß der Kredite im Immobiliensektor zu überprüfen und die Frage zu untersuchen, wie stark das Engagement der einzelnen Banken im Immobiliensektor ist. Der hohe Anteil der Immobilienkredite, die aufgrund des Preisverfalls für Immobilien in vielen asiatischen Ländern uneinbringlich wurden, ist als eine der größten Problemquellen von der Zentralbank begriffen worden.

In Shanghai beträgt die Leerstandsquote für Büroflächen nach Schätzungen ausländischer Immobilienfirmen bei einer Gesamtfläche von rd. drei Millionen Quadratmeter ca. 38%. Das wären mehr als eine Million Quadratmeter leerstehender Büroflächen. Für Beijing wird diese Quote mit 37,6% angegeben, allerdings auf eine Gesamtfläche von rd. 2,2 Millionen Quadratmeter bezogen. (SCMP, 14.1.98)

Auf einer Pressekonferenz am 16.1.98 wies Zentralbankpräsident Dai nochmals auf die „Lehren“ aus der asiatischen Finanzkrise für China hin. So müsse China 1) sich bemühen, ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht zu erhalten und die Entwicklung einer „Seifenblasen-Wirtschaft“ („bubble economy“) im Immobilien- und Wertpapiersektor vermeiden, und 2) müsse die Zusammensetzung der Auslandsschulden vernünftig sein. Solche Unternehmen und Handelsorganisationen müßten stärker kontrolliert werden, die Auslandsschulden aufgenommen hätten.

Dai Xiaolong zufolge seien die Probleme der asiatischen Nachbarländer vor allem auch durch die zu starke Auslandsverschuldung, insbesondere durch kurzfristige Auslandskredite, hervorgerufen worden. Daraus folge für China, daß der Zustrom von Auslandskapital in Form von Direktinvestitionen weiter ermutigt werden und



daß die langfristige Schuldaufnahme Priorität genießen müsse.

Dai forderte 3) eine verbesserte Überwachung der Währung und des Wechselkurses. Die Konvertibilität der Währung dürfe nur schrittweise erfolgen, und der Staat müsse über relativ hohe Devisenreserven verfügen. Weiterhin sei 4) ein gesundes Bankensystem erforderlich, das keiner Einzelperson oder Einheit erlaube, in die Geschäftspraxis der Banken einzugreifen.

Auch die Zentralbank selbst hat Reformpläne. Ziel der Reform ist, den Einfluß der Lokalregierungen auf die Politik der Zweigstellen der Zentralbank in den Provinzen zu reduzieren. Die Pläne sehen die Schließung der derzeit rd. 30 Zweigstellen der Zentralbank in jeder Provinz bzw. provinngleichen Einheiten vor. An deren Stelle sollen 12 bis 15 provinzübergreifende Zweigstellen der Zentralbank treten. (AWSJ, 20.1.98; FT, 17./18.1.98)

Daß die Finanzkrise in Asien bereits Einfluß auf Chinas Banken ausübt, spiegelt sich in der Gewinnentwicklung der Bank of China (BOC) wider. So sank der Gewinn vor Steuern der BOC in letzten Jahr auf 6,03 Mrd. Yuan (1996: 11,6 Mrd. Yuan) bzw. um 48%. Neben der Erhöhung der Steuern um drei Prozent wird als wichtigster Grund dafür die Finanzkrise in Asien angegeben. Ausländische Bankanalysten sehen hier das Engagement der BOC im Bereich Devisen-Terminmärkte und auf den asiatischen Wertpapiermärkten. Die *China Daily* nennt dagegen andere Gründe für das schlechtere Abschneiden der Bank. So habe die BOC mehr Rücklagen für faule Kredite anlegen müssen und war von der Senkung der Zinsraten im Oktober 1997 betroffen. (SCMP, 14.1.98) -schü-

## 27 Migranten - Bedrohung für den städtischen Arbeitsmarkt?

Anfang Januar wurde in Beijing eine nationale Konferenz zur Frage der Zuwanderung ländlicher Arbeitskräfte in die Städte abgehalten. Auf dieser Konferenz wies der Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, darauf

hin, daß in den ersten neun Monaten des letzten Jahres die Polizei in den zwölf größten Städten des Landes 190.000 Migranten und Bettler wieder zurück in ihre Heimatorte geschickt habe. Weiterhin seien 100.000 verwaarloste Menschen umherwandernd in den Straßen aufgegriffen worden.

Mit der Freisetzung von Arbeitskräften der Staatsunternehmen und der wachsenden Zahl zusätzlich auf den Markt drängender städtischer Arbeitskräfte schwinden auch die Beschäftigungschancen für ländliche Arbeitskräfte. Einige Städte wie beispielsweise Shanghai und Beijing haben bereits Restriktionen für den Zugang dieser Gruppe erlassen.

In Shanghai sind ländliche Arbeitskräfte von 23 Beschäftigungsarten ausgeschlossen, in Beijing ebenfalls von mehr als 20. Allerdings gibt es nach wie vor viele Unternehmen, die diese Bestimmungen umgehen, da sie den ländlichen Arbeitskräften weniger zahlen müssen und diese eher zu Überstundenarbeit bereit sind. Am stärksten sind die Restriktionen im Dienstleistungssektor, da hier die Lokalregierungen rd. 80% der entlassenen städtischen Arbeitskräfte unterbringen will. Migranten sollen dagegen auf den Bausektor und andere weniger gut bezahlte Jobs beschränkt werden.

Da die Schar der Migranten nicht mit Gewalt zurück in ihre Dörfer gebracht werden kann, wird über die Ausstellung von zeitlich befristeten Aufenthaltsgenehmigungen versucht, den Strom zu kanalisieren und zu lenken. (SCMP, 9.1.98)

Offiziellen Statistiken zufolge wurden allein in Beijing im letzten Jahr 170.000 Arbeitskräfte entlassen, von denen jedoch 137.000 eine neue Arbeitsstelle gefunden haben. Für 1998 wird damit gerechnet, daß die Zahl der Entlassungen auf 190.000 Personen steigen wird. (XNA, 17.1.98) -schü-

## 28 Nationale Konferenz zur Arbeit auf dem Lande

Anfang Januar 1998 hielt das ZK der KPCh eine nationale Konferenz zur Arbeit auf dem Lande ab, auf der die

Richtlinien der ländlichen Entwicklung für das laufende Jahr beschlossen wurden. Hierzu zählt die Realisierung eines Getreideoutputs von rd. 490 Mio.t und eines Baumwolloutputs von rd. 4 Mio.t. Zu den weiteren Zielen gehört eine ausgeglichene Entwicklung von Ackerbau, Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischzucht. Weiterhin sollen die ländlichen nichtlandwirtschaftlichen Betriebe auf der Basis einer verbesserten Effizienz steigende Wachstumsraten verzeichnen. Im Jahre 1998 sollen die Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern um 5% zunehmen, und der Anteil der ländlichen Bevölkerung, der unter der absoluten Armutsgrenze lebt, soll um 10 Mio. reduziert werden.

Die Erreichung der o.g. Ziele stellt die Basis für die Realisierung einer Getreideernte von 500 Mio.t bis zum Dekadenende dar, für einen relativ komfortablen Lebensstandard der Bauern und für eine ausreichende Versorgung der armen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Kleidung.

In einer Rede auf der Konferenz wies der KPCh-Generalsekretär und Staatspräsident Jiang Zemin auf die Erfolge in der landwirtschaftlichen Entwicklung hin, aber auch auf die noch ungelösten Probleme. Darunter fielen die geringen Ankäufe landwirtschaftlicher Produkte, die niedrigen Preise und ein langsames Wachstum der Einkommen der Bauern. Sollten diese Probleme nicht früh genug und effektiv gelöst werden, könnten sie die soziale Stabilität in China beeinträchtigen.

Jiang Zemin forderte eine Stabilisierung der bisherigen landwirtschaftlichen Politik, insbesondere des Vertragssystems für die Pacht landwirtschaftlicher Anbauflächen für die individuelle Nutzung, der Politik des staatlichen Getreideankaufs und die Reduzierung der finanziellen Belastungen der Bauern. (XNA, 10.1.98)

In einem Kommentar zur ZK-Konferenz in der *Renmin Ribao* wurden die negativen Praktiken einiger Lokalregierungen gegenüber den Bauern angeprangert, insbesondere die willkürliche Neuverteilung von vertraglich zugewiesenen Nutzungsflächen, die Erhebung exzessiver Gebühren von den Bauern und die Weige-



rung der Lokalbehörden, überschüssiges Getreide zum günstigen staatlichen Ankaufspreis aufzukaufen. Diese Praxis, so die Zeitung, habe zu großer Unzufriedenheit unter den Bauern geführt. (XNA, 11.1.98) -schü-

## 29 Schwerpunkte der Shanghai-er Wirtschaftsentwicklung 1997 und Wirtschaftsplanung 1998

Das Shanghai-er Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich im letzten Jahr nach vorläufigen Angaben um 12,7% auf 336 Mrd. Yuan (40,5 Mrd. US\$). Zweistellige Wachstumsraten kennzeichneten bereits die letzten Jahre. So belief sich die jährliche Zuwachsrate von 1992 und 1997 zwischen 12,7% und 14%.

Die Industrieproduktion Shanghais wird 1997 voraussichtlich um 12% steigen. Die Verbesserung der Industriestruktur spiegelt sich in der weiteren Zunahme der Exporte und Veränderung der Exportgüterstruktur wider.

Das Exportvolumen im Jahr 1997 belief sich auf 14,724 Mrd. US\$, eine Zunahme um 11% gegenüber 1996. Vom Gesamtexport entfiel ein Anteil von 664 Mio. US\$ auf Technologieexporte und ein Anteil von 2,247 Mrd. US\$ auf High-Tech-Produkte und Güter mit besonders hoher Wertschöpfung. (XNA, 6., 14., 15., 19. und 20.1.98)

Nach Einschätzung von Zhu Xiaoming, Leiter der Kommission für Außenhandel und Wirtschaftsentwicklung Shanghais, könnte das Wachstum der Exporte in diesem Jahr aufgrund der asiatischen Finanzkrise erschwert werden. So würden 34% der Exporte nach Japan und Südkorea gehen, Länder, die von der Krise stark betroffen seien. Notwendig werde deshalb eine stärkere Diversifizierung der Exportpartnerländer und mehr Exportanstrengungen mit Blick auf Südafrika, Lateinamerika und den Mittleren Osten. (XNA, 14. und 15.1.98)

Nach Shanghai flossen auch 1997 wieder hohe Auslandsinvestitionen, obwohl sich gegenüber 1996 ein Rückgang bei den zugesagten Investitionen ergab. So wurden insgesamt 1.802 Projekte mit ausländischer Beteili-

gung mit einer vertraglich zugesagten Investitionssumme von 5,32 Mrd. US\$ genehmigt. Im Vergleich zum Jahre 1996 stellt dies einen Rückgang um 14,4% bei den genehmigten Projekten und 8,4% bei dem Vertragsvolumen dar. (XNA, 9.1.98)

Die Wirtschaftsplanung für 1998 sieht wiederum eine zweistellige Erhöhung des BIP um rd. 10% vor. Bis zum Jahre 2000 soll das Pro-Kopf-BIP der Shanghai-er Bevölkerung auf 5.000 US\$ steigen. Derzeit beläuft es sich auf rd. 3.000 US\$.

Weiterhin soll der Dienstleistungssektor verstärkt ausgebaut werden und seinen Anteil am gesamten BIP auf 46% erhöhen. Bis zum Jahre 2000 ist auch eine Erhöhung des Wertes von Finanzdienstleistungen von derzeit 12% auf 14% vorgesehen. Der Beitrag der High-Tech-Industrien zum BIP soll von derzeit 14% auf 20% gesteigert werden. Bei der weiteren Umstrukturierung der Industrie soll die Entwicklung neuer Schlüsselindustrien wie Bio- und Umwelttechnologie sowie die Entwicklung neuer Werkstoffe verfolgt werden. (XNA, 4., 6., 19. und 20.1. 98)

An der Shanghai-er Wertpapierbörse notierten 383 Unternehmen mit Wertpapieren im Werte von 106,24 Mrd. Yuan und einer gesamten Kapitalisierung von 921,8 Mrd. Yuan. Der Umsatz der Börse betrug 1997 insgesamt 2,98 Billionen Yuan, der tägliche Umsatz belief sich auf 12,28 Mrd. Yuan. Im letzten Jahr kamen 90 Unternehmen neu an die Börse, und 93 Arten verschiedener Wertpapiere wurden begeben, davon 85 A-Aktien für lokale Investoren und die übrigen B-Aktien für ausländische Investoren. Mit der Emission von A-Aktien erhielten die Unternehmen Kapital mit einem Volumen 37,6 Mrd. Yuan (+116% gegenüber 1996). Durch die Emission von B-Aktien konnten die Unternehmen Kapital im Werte von 786 Mio. US\$ beschaffen. Die Zahl der registrierten Investoren in Shanghai wird mit 17,13 Millionen angegeben. (XNA, 17.1.98)

Die erste Neuemission an der Shanghai-er Börse im Jahre 1998 sind Aktien der Zhengzhou Coal Industry (Group) Co. Ltd. Das Unternehmen zählt zu den 500 wichtigsten staats-eigenen Unternehmen. Es ist eines

der Schlüsselunternehmen der Zentralregierung und eines der zehn größten Unternehmen der Kohleindustrie. Das an der Börse notierte Unternehmen mit zwei Kohleminen und einem Kraftwerk wird für die nächsten fünf Jahre von der Steuerzahlung befreit werden. Für 1997 erwartet das Unternehmen Gewinne in Höhe von 149,7 Mio. Yuan; 1996 beliefen sich die Gewinne auf 114 Mio. Yuan. (XNA, 9.1.98)

In zunehmendem Maße hat die Neue Sonderzone Pudong zur Wirtschaftsentwicklung Shanghais beigetragen. Pudongs Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich 1997 um 18% auf 60,8 Mrd. Yuan; die Wachstumsrate des BIP hatte 1996 20,2% betragen. Pudongs BIP stellte einen Anteil von einem Sechstel des gesamten BIP von Shanghai. Die Industrieproduktion Pudongs belief sich im letzten Jahr auf 135,7 Mrd. Yuan, das ist ein Anteil von mehr als einem Fünftel der Shanghai-er Industrieproduktion. Mit 3,6 Mrd. US\$ trägt Pudong mit einem Viertel zum Außenhandelsvolumen Shanghais bei. (XNA, 24.1.98)

Die Entwicklung Pudongs haben Unternehmen mit Auslandskapital in besonderem Maße unterstützt. Die Gesamtzahl dieser Unternehmen wird mit 4.928 und ihr gesamtes zugesagtes Investitionsvolumen mit rd. 23,7 Mrd. US\$ angegeben. Das Volumen der bereits realisierten Investitionen beträgt rd. 7 Mrd. US\$. Im Jahr 1997 flossen nach Pudong rd. 1,9 Mrd. US\$ ausländischer Investitionen.

Um den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben, investierte Pudong allein 1997 ein Volumen von 50,6 Mrd. Yuan, eine Zunahme um rd. 26% gegenüber 1996. Zu den abgeschlossenen Projekten zählt eine Grünfläche von 100.000 qm im zentralen Teil der Stadt sowie die Xupu-Brücke, die Pudong mit dem Bezirk Xuhui in Puxi verbindet. Laufende Projekte umfassen den neuen Flughafen in Pudong sowie die Metro-Linie zwischen Pudong und Puxi.

20 Auslandsbanken und Versicherungsgesellschaften haben inzwischen die „Seiten“ gewechselt und sind von Puxi nach Pudong gezogen. Insgesamt soll es 53 genehmigte ausländische Finanzinstitute und 163 Reprä-



sentenzen geben. (XNA, 9.,16., 18. und 24.1.98) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 30 Neue Liste der ranghöchsten Persönlichkeiten erstellt

Führende chinesische Amtsträger werden in einer Aufstellung der ranghöchsten Persönlichkeiten Hongkongs nicht länger aufgeführt.

Die Liste wurde innerhalb der Hongkonger Verwaltung in Absprache mit dem Beijinger Büro für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus erstellt. Sie ist wichtig für das Protokoll bei hohen offiziellen Anlässen: Auf Grundlage der Liste werden die Gäste eingeladen, die Reihenfolge der Nennungen bestimmt über die Sitzordnung und die Aufreihung bei der Begrüßung hoher Würdenträger.

Vor dem Souveränitätswechsel zählte der britische Befehlshaber der in Hongkong stationierten Truppen zu diesem Kreis der VIPs, sein chinesischer Nachfolger wurde von der Liste gestrichen. Auch andere Beijinger Repräsentanten, wie der Beauftragte für Auswärtige Angelegenheiten und der Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong, sind nicht länger aufgeführt.

In die Liste aufgenommen wurden dagegen die Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen, während unter britischer Herrschaft nur die Repräsentanten der christlichen Kirchen aufgeführt waren.

Als ranghöchste Persönlichkeit wird der Chief Executive genannt, auf den Plätzen zwei bis fünf folgen der Chief Justice of the Court of Final Appeal, Chief Secretary for Administration, Financial Secretary und Secretary for Justice. Darüber hinaus werden 16 weitere Positionen und Ämter aufgelistet. (SCMP, 10.1.1998)

Die revidierte Liste der VIPs reflektiert nur mit Einschränkungen die neuen Machtverhältnisse in Hongkong. Das Streichen der Repräsen-

tantan Beijings sollte eher als symbolhafte Geste für die Eigenständigkeit der ehemaligen Kronkolonie verstanden werden. -mü-

### 31 Registrierung der Wahlberechtigten abgeschlossen - Erfolg oder Mißerfolg?

Bis zum Ablauf der Frist am 16. Januar ließen sich rund 70% der knapp vier Millionen Hongkonger Wahlberechtigten ins Wahlregister eintragen. Nur wer jetzt registriert ist, kann bei der ersten Wahl des Legislativrats unter chinesischer Herrschaft im kommenden Mai seine Stimme abgeben.

Von den Medien wurde dieses Ergebnis zumeist als Mißerfolg für die Regierung interpretiert, die mit dem ambitionierten, aber unrealistischen Ziel, alle Stimmberechtigten zu erreichen, angetreten war. Als die Registrierung dann nur sehr schleppend anließ, startete die Verwaltung im letzten Dezember mit großem finanziellen Aufwand eine Kampagne, um die Popularität der Wahl zu erhöhen.

Nach geltendem Recht werden in Hongkong drei Wählerschaften, deren Stimmen ungleich gewichtet sind, voneinander unterschieden: 1. die geographischen Wahlkreise, 2. die branchenbezogenen und berufsständischen Wahlkreise und 3. das Auswahlkomitee, dem ausgewählte Mitglieder aus Politik und Wirtschaft angehören. Das Gewicht der einzelnen Stimme ist in der ersten Gruppe am geringsten, in der dritten am stärksten. (Ausführlich: C.a. 1997/8, Ü 22)

Um in den geographischen Wahlkreisen Erstwähler und solche Stimmberechtigte zu erreichen, die bei den früheren Wahlen unter britischer Souveränität ihre Eintragung versäumt oder abgelehnt hatten, wurden ambulante Registrierungsstellen in sozialen Einrichtungen, Universitäten und dichtbesiedelten Nachbarschaften eingerichtet. 30.000 Schüler und Studenten zogen als „Botschafter“ mit Wahllisten von Tür zu Tür. Im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 1995 konnte die Zahl der Eintragungen dadurch um 10% gesteigert werden. Das entspricht der höchsten Beteiligung, die

bei Wahlen bislang erreicht wurde. (SCMP, 20.1.1998)

Trotz diesbezüglicher Anstrengungen blieben die Meldungen der wahlberechtigten Gruppen und Organisationen jedoch weit hinter den offiziellen Erwartungen zurück. Nur knapp die Hälfte der 200.000 Stimmberechtigten in den sogenannten „functional constituencies“ (diese branchenbezogenen und berufsständischen Wählerschaften umfaßten unter Patten zuletzt fast 2 Mio. Personen) wurden hier registriert. (XNA, 21.1.1998; FT, 3./4.1.1998)

Der Verlauf der Registrierung wurde von einem starken Medieninteresse und der Kritik demokratischer Gruppen begleitet, denen allerdings nur ein begrenztes öffentliches Interesse gegenüberstand. Für die Hongkonger Regierung ist die Wahl im Mai vor allem eine Frage des Prestiges und eine Demonstration „demokratischer“ Prinzipien. Eine Beschränkung exekutiver Macht muß sie aufgrund des restriktiven Wahlrechts und der schwachen Stellung des Legislativrats im politischen System kaum fürchten. -mü-

### 32 Polizei und Kommission gegen Korruption legen Jahresbilanzen vor

Die Verbrechensrate in Hongkong ist im Jahr 1997 auf das niedrigste Niveau seit mehr als 20 Jahren gesunken und im Vergleich zum Vorjahr um 15% zurückgegangen. Polizeichef Eddie Hui Ki-on wies darauf hin, daß die Aktivität der Triaden in Hongkong offenbar eingedämmt werden konnte. Hier wurden 17% weniger Verbrechen registriert als im Vorjahr. Im Hinblick auf die Gewährung demokratischer Grundrechte stellte er - zutreffend - fest, daß nach dem Souveränitätswechsel keine einzige Demonstration verboten worden ist. (XNA, 14.1.1998, NZZ, 29.1.1998)

Befürchtungen, daß Korruptionsdelikte in Hongkong nach der Machtübernahme durch die VR China zunehmen würden, nannte die Leiterin der Independent Commission Against Corruption (ICAC), Lily Yam Kwan Pui-yung, auf einer Pressekonferenz bislang unbegründet. Die Zahl der ihrer Or-